

III. Künzeller Erklärung der CDU Hessen

Vertrauen schaffen. Sicherheit geben. Zukunft gestalten.

Die CDU Hessen als verlässlicher Motor für Sicherheit und Wohlstand in unruhiger Zeit.
Wir haben Grund zur Zuversicht!

Hessen geht es so gut wie nie. Die Stärke unseres Landes liegt in der Kraft seiner Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Wirtschaft ist gesund, noch nie gab es so viele Beschäftigte wie heute. Die Bürgerinnen und Bürger haben reale Einkommenszuwächse und die jungen Menschen in unserem Land haben die besten Zukunftschancen. Auch zukünftig soll jeder die Chance haben, durch Bildung und Arbeit ein gutes Leben zu führen. Wer es aus eigener Kraft trotz Anstrengung nicht schafft, seinen Weg erfolgreich zu gehen, kann sich auch zukünftig auf unsere aktive Solidarität verlassen. Unser wehrhafter Staat sorgt verlässlich für Sicherheit. Seit 1999 trägt die CDU in Hessen Regierungsverantwortung. Seit über 17 Jahren arbeiten wir hart daran, gute Rahmenbedingungen zu setzen, damit es den Menschen gut geht. Wir haben die Weichen richtig gestellt und wir nehmen neue Herausforderungen entschlossen an. Wir wollen die Zukunft gestalten und die Erfolgsgeschichte Hessens unter strikter Beachtung unserer Rechts- und Werteordnung fortschreiben. Auf der Grundlage der persönlichen Freiheit, dem Bekenntnis zum christlichen Menschenbild und der deutschen Leitkultur werden wir Sicherheit, Freiheit, Zusammenhalt und Wohlstand wahren und Innovationen vorantreiben. Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir ernst. Verlässlich und entschlossen werden wir weiterhin das für richtig Erkannte auch gegen Widerstand durchsetzen. Unsere Politik richtet sich dabei an die gesamte Bevölkerung. Wir sind eine wirkliche Volkspartei. Wir kümmern uns um alle – Frauen wie Männer, Junge wie Alte, sozial Schwache wie Leistungsstarke, Arbeiter, Angestellte und Beamte wie Freiberufler und Unternehmer, Akademiker wie Nichtakademiker. Wir tun dies auf der Grundlage christlicher Werteorientierung und demokratischer Standfestigkeit. Darauf können die Bürgerinnen und Bürger vertrauen.

I. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, denn Terror und Gewalt sind keine Hirngespinnste, sondern schrecklich real. Real und weithin sichtbar sind unsere Antworten. Wir haben Hessen sicherer gemacht und werden weiter massive Anstrengungen unternehmen, um die Sicherheit gegen neue und alte Bedrohungen zu verteidigen.

- Wir haben in Hessen seit Übernahme der Regierungsverantwortung Sicherheitsgesetze geschaffen, die in anderen Bundesländern fehlen.
- Schleierfahndung, verdachtsunabhängige Kontrollen, Rasterfahndung, Sammelkontrollen (Razzien) und konsequente Videoüberwachung sind wichtige Instrumente, für die die CDU gesorgt hat.
- Mit dem Präventionsnetzwerk gegen Salafismus haben wir die Blaupause für andere Länder geliefert.
- Wir haben als erste in Deutschland ein Netzwerk Deradikalisierung im Strafvollzug (NeDiS) aufgelegt. Damit wollen wir Netzwerkbildungen von Extremisten in Haft verhindern und gleichzeitig darauf hinarbeiten, dass diese Personen von ihren extremistischen Einstellungen ablassen.
- 1000 Polizeibeamtinnen und -beamte mehr als zu SPD-Regierungszeiten sorgen für mehr Sicherheit – weitere 1000 werden bis 2020 im Einsatz sein.
- In diesem Jahr startet der größte Ausbildungsjahrgang, den es bei der Hessischen Polizei je gab.
- Ein Drittel mehr Personal beim Verfassungsschutz stärkt unser Rückgrat gegen Extremisten jeder Art.
- Wir investieren auch 2017 kraftvoll in die Ausrüstung der Polizei.
- Mit dem 10-Punkte-Maßnahmen-Paket wurden über 250 neue Stellen in der Justiz geschaffen und die Justizstrukturen auf nahezu allen Ebenen gestärkt.

Mehr Personal für die Sicherheitsbehörden und Verbesserungen ihrer Befugnisse gehören zusammen. Wir stehen für pragmatische Lösungen für die Probleme der Menschen statt für weltfremden Dogmatismus, ideologische Scheuklappen und Denkverbote. Rot-rot-grün ist eine Gefahr für die Sicherheit. Absolute Sicherheit kann es nie geben, aber der Staat muss sein Bestes tun, um die Bürger zu schützen. Wir wollen:

- den Einsatz der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung („elektronische Fußfessel“) für verurteilte Extremisten erweitern und für ausreisepflichtige und andere Gefährder öffnen sowie eine mögliche Präventivhaft für Gefährder prüfen,
- eine wirksame Vorratsdatenspeicherung,
- einen Straftatbestand der Sympathiewerbung für Terrororganisationen, weil wir unsere Jugend vor Hasspredigern und Extremisten schützen wollen,
- die Zusammenführung von Straf- und Ermittlungsverfahren, auch länderübergreifend, vereinfachen,
- Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, Vollzugsbedienstete, Feuerwehrleute und Rettungskräfte spürbar härter bestrafen – mit der Initiative für den Schutzparagraph 112 waren wir dafür Vorreiter,
- kriminellen Doppelstaatlern die deutsche Staatsbürgerschaft einfacher entziehen,
- die Zusammenarbeit in der föderalen Sicherheitsstruktur unseres Landes weiter verbessern,
- die Bekämpfung aller Formen des Extremismus - rechten, linken und islamistischen - weiter stärken,
- die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr bei Terrorlagen erweitern,
- dass die hessische Botnetz-Initiative („digitaler Hausfriedensbruch“) noch vor der Bundestagswahl beschlossen wird, um ein deutliches Signal zum Schutz unserer Demokratie und gegen Wahlbeeinflussungen zu setzen.

II. Solidarität mit Flüchtlingen und Verfolgten gehört zu den Grundüberzeugungen christdemokratischer Politik. Kein Staat der Welt kann aber auf Dauer jeden, der will, in seinem Land aufnehmen. Die konsequente Anwendung des Rechts ist Gebot des freiheitlichen Rechtsstaats. Solidarität mit Flüchtlingen und konsequente Rückführung sind deshalb zwei Seiten einer Medaille.

- Unsere Integrationsanstrengungen müssen sich auf diejenigen konzentrieren, die für längere Zeit in unserem Land bleiben.
- In Hessen haben wir die Rückführung abgelehnter Asylbewerber und Illegaler deutlich intensiviert.
- Wer in großer Solidarität Schutz in Deutschland gefunden hat, von dem erwarten wir, dass er sich in besonderer Weise bemüht, unsere Gesetze zu achten. Wir wollen auch künftig, dass kriminelle Ausländer nicht nur bestraft, sondern ausgewiesen werden. Dazu müssen wir das Ausländerrecht weiter verschärfen.
- Wer seine Identität verschleiert und Pässe bewusst vernichtet, muss mit klaren Konsequenzen rechnen. Wir wollen, dass in solchen Fällen Mobiltelefone zur Identitätsfeststellung ausgelesen werden. Asyl- und Sozialmissbrauch werden wir weiter scharf entgegentreten.
- Auch der SPD-Bundesaußenminister muss für bessere Rückführungsabkommen sorgen.
- Wir wollen Transitzone einrichten, um schon an der Grenze eine verbindliche Entscheidung über die Einreise zu treffen. Ankömmlinge mit schlechter Bleibeperspektive sollen direkt aus den Aufnahmeeinrichtungen zurückgeführt werden.
- Aufnahmezentren in Afrika sind der richtige Weg. Wer aus Seenot im Mittelmeer gerettet wird, soll in sichere Zentren zurückgebracht werden. Nur so kann den Schleppern das Handwerk gelegt werden.
- Wir nehmen die Sorgen der kommunalen Spitzenverbände mit Blick auf den Familiennachzug sehr ernst. Wir müssen daher die dafür geltenden Regelungen kritisch überprüfen.
- Asyl und Flüchtlingsschutz müssen Notrecht auf Zeit und kein Dauereinwanderungs- und Einbürgerungsrecht bleiben.
- Wir haben 2015 versprochen, die Zugangszahlen spürbar zu verringern, damit unser Land nicht überfordert wird. Die CDU hat Wort gehalten.
- Mit dem „Aktionsplan für Flüchtlinge und die Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ haben wir die Flüchtlingskrise besser gemeistert als andere Länder. Der Erwerb der deutschen Sprache, die Integration in Kindertagesstätten und Schulen wurden mit großer Anstrengung angepackt. Ein erster kleiner Teil kann bereits den Lebensunterhalt aus eigener Kraft leisten. Auch unter Mitwirkung

vieler Ehrenamtlicher wurden den Angekommenen die Werte unserer Gesellschaft und das Recht nahegebracht. Wir erwarten, dass dieser Respekt vor unserer Rechts- und Werteordnung zur Selbstverständlichkeit wird.

III. Deutschland wird Deutschland bleiben. Der freiheitliche Staat lebt von einem starken einigenden Band gemeinsamer Überzeugungen und Einstellungen aller Bürgerinnen und Bürger. Wo Vielfalt zulässig ist, bleibt Einigkeit notwendig.

- Vollverschleierung ist ein Banner des Islamismus. Wir werden sie so weit wie möglich verbieten.
- Wir haben das Programm „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen!“ aufgelegt, weil wir diejenigen mit Bleibeperspektive schnell in unser Werte- und Rechtssystem integrieren müssen.
- Einen kulturellen Rabatt gibt es nicht im deutschen Recht. Das Recht wird auf dem Boden des Grundgesetz durch legitimierte Richterinnen und Richter gesprochen. Paralleljustizen und Scharia-Recht werden wir daher nicht dulden.
- Mehrstaatigkeit ist häufig mit Problemen bei der Rechtsdurchsetzung verbunden. Wir werben dafür, dass Menschen eine bewusste Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit treffen. Diese Entscheidung ist äußeres Zeichen der inneren Verbundenheit mit unseren Werten und Überzeugungen.
- Religiöse Rechtfertigungen für Gewalt und Verbrechen sind inakzeptabel. Islamisten stoßen auf unseren erbitterten Widerstand. Die islamischen Gemeinden und die gesamte muslimische Welt sind aufgerufen, sich gegen eine gewaltbegründende Auslegung des Islam zu wehren.
- Erfolgreiche Integration ist für uns mehr als der Erwerb der deutschen Sprache, die Fähigkeit, den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und mit dem Gesetz nicht in Konflikt zu geraten. Anerkennung und Respekt gegenüber den in Deutschland geltenden Werten gehören ebenso unerlässlich dazu.
- Hesse zu werden am Ende langfristiger Integrationsprozesse ist wünschenswerter als eine Multikulti-Parallelgesellschaft. Es verstößt nicht gegen die Menschenwürde, wenn sich Zuwanderer freiwillig entschließen, sich stärker anzupassen, als dies die Rechtsordnung von ihnen verlangt.

IV. Mehr Verantwortung und mehr Europa in der Verteidigungspolitik sind der Schlüssel zu mehr Sicherheit.

- Die transatlantische Partnerschaft, die europäische Integration und die Einbindung in UN sowie NATO bleiben unverrückbare Grundpfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik.
- Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim stellt jahrzehntealte Gewissheiten in Frage. Auch das Brexit-Votum ist eine große Herausforderung für die EU. Die Türkei entfernt sich von Europa. Die Folgen des „arabischen Frühlings“, Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan und die Flüchtlingswellen nach Europa fordern eine aktive Rolle Deutschlands.
- Für einen Beitritt zur Europäischen Union gibt es nach den jüngsten Entwicklungen in der Türkei derzeit keine Grundlage. Die für die Türkei eingeplanten Vorbeitrittshilfen sind bis auf weiteres für die Finanzierung der Kosten für den Aufenthalt der Flüchtlinge dort zu verwenden.
- Wir stehen für eine mutige und an deutschen Interessen ausgerichtete Gestaltung der auswärtigen Beziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit.
- Wir wollen eine schlagkräftige gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik der EU. Europa wird damit als Friedensprojekt an Bedeutung gewinnen. Dafür halten wir fest am Konzept der vernetzten Sicherheit.
- Einen bequemen gesinnungsethischen Pazifismus lehnen wir ab. Der Einsatz militärischer Mittel durch die Bundeswehr und ihre engagierten Soldatinnen und Soldaten, gemeinsam mit unseren Partnern in NATO und EU, kann als Teil einer politisch wohlabgewogenen Gesamtstrategie nicht ausgeschlossen werden.
- Wir werden uns gegen jede Form von Abschottung und Isolation in Europa und im transatlantischen Verhältnis wehren. Für Deutschland als Exportnation ist dies eine der größten Aufgaben, um unseren Wohlstand zu sichern. Eine Logik des Abschottens und der Straf- und Einfuhrzölle darf es nicht geben.

V. Kinder und Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Rekordinvestitionen in Bildung sorgen für erstklassige Chancen unserer Jugend. Mit einer verlässlichen flächendeckenden Gesundheitsversorgung sichern wir den Zugang aller zu guten Gesundheitsleistungen. Wir wollen:

- den Familien in Hessen weiterhin echte Wahlfreiheit ermöglichen; die Erziehung ist das Recht und vorrangig die Pflicht der Eltern, sie sollen frei entscheiden, ob sie ihr Kind selbst betreuen, Betreuung privat organisieren oder öffentliche Angebote nutzen,
- mit einem begabungs-, chancen- und leistungsgerecht differenzierenden Schulsystem den unterschiedlichen Veranlagungen und Talenten der Kinder gerecht werden. Wir behandeln Gleiches gleich und Ungleiches ungleich und treten damit Gleichmacherei entgegen,
- berufliche Bildung stärken, weil sich Bildung, beruflicher Erfolg und Zufriedenheit nicht allein nach dem vermeintlichen Rang von Bildungsabschlüssen richtet,
- Verlässlichkeit, Planbarkeit und Kontinuität für die Schulen, damit sich die Lehrerinnen und Lehrer auf ihre pädagogische Aufgabe konzentrieren können,
- mit 105% Unterrichtsversorgung und den seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1999 geschaffenen rund 9000 zusätzlichen Lehrerstellen für hohe Unterrichtsqualität sorgen,
- mit dem Pakt für den Nachmittag bis zum Ende der Legislaturperiode allen Eltern, die dies für ihre Kinder wünschen, ein freiwilliges Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr zur Verfügung stellen,
- die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen, insbesondere, indem wir auch in moderne Forschungsvorhaben im Bereich Telemedizin und E-Health investieren,
- mit unserer neuen Landeskommision „Hessen hat Familiensinn“ Hessen zum familienfreundlichsten Land in Deutschland machen,
- das Miteinander der Generationen, die Verantwortung füreinander und den Familiensinn stärken,
- Familienzentren weiterentwickeln und ausbauen.

VI. Gesunde Unternehmen und Freiraum für Innovation sind das Fundament für Wohlstand und soziale Sicherheit. Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft, in der Ökonomie und Bewahrung der Schöpfung sowie Solidarität und Leistungsgerechtigkeit am besten gelingen. Damit Hessen auch künftig vorne ist, wollen wir:

- bis 2018 hessenweit für leistungsfähiges Breitbandinternet sorgen,
- weiter massiv in den Ausbau von Straßen, Flughäfen und Schienen investieren, insbesondere in den zügigen Ausbau der ICE-Strecke Fulda-Frankfurt am Main,
- den zügigen Ausbau der A 44, A 49 und A 661 vorantreiben,
- die weitere Entwicklung des Flughafens Frankfurt am Main,
- die Chancen für den Flughafen Kassel-Calden entschlossen nutzen,
- weiterhin Milliarden in Hochschulen, Forschung und Entwicklung investieren, wie u.a. 9 Mrd. Euro im Hessischen Hochschulpakt 2016-2020,
- dafür sorgen, dass bürokratische Auflagen für den Mittelstand reduziert werden,
- dass die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft – wirtschaftliche Freiheit und sozialer Ausgleich – auf allen Ebenen der Politik stärker beachtet werden,
- auch in Zukunft für gute Arbeitsplätze kämpfen,
- eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen über den gesamten Lebensverlauf. Dies trotz aller Fortschritte in den vergangenen Jahren (z. B. Einführung des Elterngeldes Plus, Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten) aufgrund der häufig noch unzureichenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- eine Stärkung der Berufsschulen. Außerdem kümmern wir uns gezielt um junge Erwachsene, duale Berufsausbildung und Maßnahmen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf,
- dass sich Arbeitnehmer in Deutschland auch in der Zukunft auf die Mitbestimmung verlassen können und dass möglichst viele Beschäftigte durch Betriebsräte vertreten werden. Seit unter Konrad Adenauer das Betriebsverfassungsgesetz eingeführt wurde, haben Arbeitnehmer das Recht, in

persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten in ihrem Betrieb mitzubestimmen. Darauf sind wir stolz. Die Mitbestimmung in Deutschland hat uns zu einem der führenden Industrienationen in der Welt gemacht. Davon profitiert auch der Industriestandort in Hessen in besonderer Weise.

VII. Wir stehen für solide Staatsfinanzen und Generationengerechtigkeit. Wir stehen für eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkel, anstatt ihnen immer neue Schulden aufzutürmen.

- Wir haben die Netto-Neuverschuldung konsequent zurückgeführt - trotz erheblicher Zahlungen gerade auch an viele SPD-regierte Länder über den Länderfinanzausgleich.
- Noch vor 2020 wird Hessen mit der jährlichen Tilgung der über Jahrzehnte angehäuften Altschulden des Landes beginnen.
- Mit über 3 Mrd. Euro helfen wir den Kommunen unter dem Schutzschirm des Landes, sich zu entschulden.
- Ein Kommunalinvestitionsprogramm mit über 1 Mrd. Euro und der kommunale Finanzausgleich mit der Rekordsumme von rd. 4,6 Mrd. Euro sichern den Kommunen wichtige Spielräume.

Die CDU Hessen hält weiter Kurs. Sicher und verlässlich für Stabilität und eine gute Zukunft.